



S T A D T

V R E D E N

Begründung

**9. Änderung des
Flächennutzungsplans 2030**

**Stand:
Feststellungsbeschluss**

Inhalt

Teil I - Begründung

1.0 Lage und Abgrenzung des Plangebietes

2.0 Erforderlichkeit sowie Ziel und Zweck der Planung

3.0 Einordnung des Planes in die übergeordnete Planung

4.0 Inhalt der Flächennutzungsplanänderung

5.0 Erschließung und Infrastruktur

6.0 Umweltauswirkungen

6.1 Umweltprüfung

6.2 Artenschutz

6.3 Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung

6.4 Klimaschutz

6.5 Hochwasserschutz

7.0 Sonstige Auswirkungen der Planung

7.1 Immissionsschutz

7.2 Altlasten und Kampfmittel

7.3 Denkmalpflegerische Belange

8.0 Umsetzung der Planung

Teil II – Umweltbericht, Büro wwK Weil Winterkamp Knopp, 23.04.2023

Anlagen

Anlage 1:

Artenschutzgutachten zur 9. Änderung des Flächennutzungsplans und zur 2. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 86 „Gewerbegebiet Lünten“, 23.04.2023, Büro wwK Weil Winterkamp Knopp

Anlage 2:

Geruchsgutachten – Immissionsprognose – zum Bebauungsplan Nr. 86 „Gewerbegebiet Lünten“, Bericht Nr. G-5052-02, 07.02.2023, Ingenieurbüro Richters & Hüls

BEGRÜNDUNG

zur 9. Änderung des Flächennutzungsplanes 2030

im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 86 „Gewerbegebiet Lünten“ – 2. Änderung und Ergänzung

1.0 Lage und Abgrenzung des Plangebietes

Das Plangebiet liegt westlich des Kirchdorfs Lünten und südlich der Kreisstraße 18. Es umfasst größtenteils die Fläche zwischen dem Gewerbegebiet Lünten und der Dorflage, die überwiegend durch Wohnbebauung geprägt ist.

Ein Bereich südlich des bereits als gewerbliche Baufläche dargestellten und vorhandenen Gewerbegebietes wird in die Planung einbezogen, da dieser erforderlich für eine optimierte Erschließung des Gewerbegebietes ist. Das vorhandene Naturdenkmal sowie die alte Kläranlage bleiben bestehen.

Der Geltungsbereich der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes umfasst die Grundstücke Gemarkung Vreden, Flur 76, Flurstücke 8 tlw., 9 tlw., 71

Das Plangebiet wird wie im nachfolgenden Plan dargestellt begrenzt:

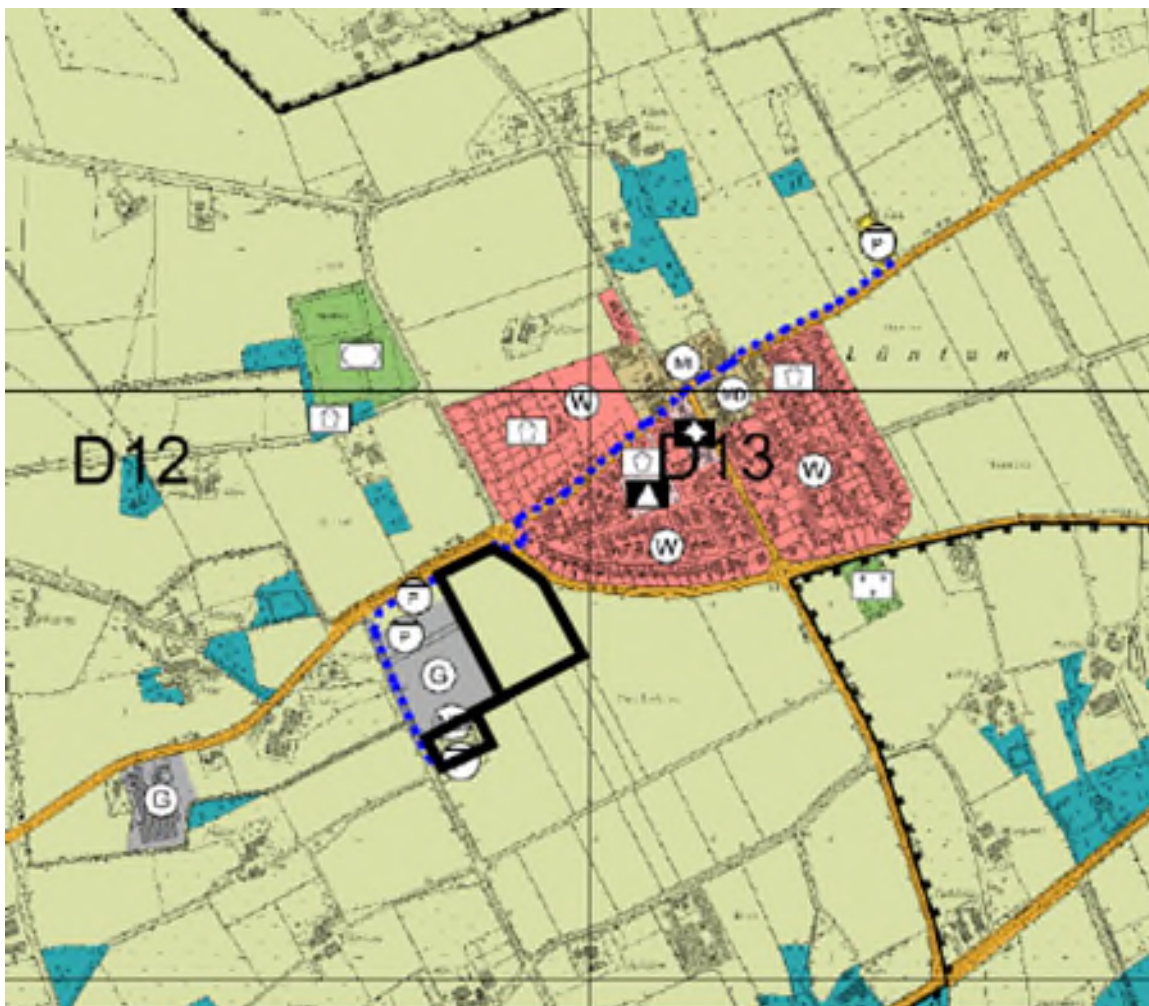


Abb. 1: Geltungsbereich, Quelle eigene Darstellung

2.0 Erforderlichkeit sowie Ziel und Zweck der Planung

Das Gewerbegebiet Lünten wurde 2006 entwickelt, um einem ortsansässigen Betrieb Erweiterungsmöglichkeiten zu bieten und gleichzeitig weiteren ortsansässigen Gewerbetreibenden in Lünten ein Gewerbegrundstück anbieten zu können, um Fortzügen entgegenwirken zu können. Die Flächen im Gewerbegebiet Lünten wurde gerade in den letzten Jahren gut angenommen. Eine größere zusammenhängende Fläche wurde dabei bislang zurückbehalten, um auf die sich abzeichnenden größeren Flächenbedarfe örtlicher Betriebe reagieren zu können.

Diese noch verfügbare Fläche ist allerdings nicht bedarfsdeckend. Eine Erweiterung des Gewerbegebietes nach Osten ist erforderlich, um sowohl den Bedarf nach größeren zusammenhängenden Flächen als auch den sich weiterhin abzeichnenden Bedarfen nach kleinen Gewerbegrundstücken Rechnung tragen zu können. Für die Planungsabsichten ist die Änderung des Flächennutzungsplanes durch Darstellung zusätzlicher gewerblicher Bauflächen erforderlich.

Eine größere zusammenhängende Fläche im Plangebiet dient der Ansiedlung eines Maschinenbaubetriebs, der sich auf einer umgenutzten Hofstelle in der Bauernschaft Lünten-Wesker außerordentlich gut entwickelt hat. Die Erweiterungsmöglichkeiten im bauplanungsrechtlichen Außenbereich sind mittlerweile vollständig ausgeschöpft, so dass zur betrieblichen Weiterentwicklung eine Umsiedlung in ein Gewerbegebiet erforderlich wird. Der Flächenbedarf für die Umsiedlung dieses Maschinenbaubetriebes umfasst ca. 1,3 ha.

Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen

Nach § 1a Abs. 2 BauGB sollen landwirtschaftlich genutzte Flächen nur im notwendigen Umfang genutzt werden. Die Notwendigkeit der Umwandlung soll begründet werden. Im vorliegenden Fall werden landwirtschaftliche Flächen in Anspruch genommen, da anderweitige Erweiterungsmöglichkeiten zur Realisierung der erforderlichen Umsiedlung des Gewerbebetriebs in Lünten sowie für weitere ortsansässige Betriebe nicht verfügbar sind.

3.0 Einordnung des Planes in die übergeordnete Planung

Der Regionalplan Münsterland stellt das Plangebiet als Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich dar. Kleinere Waldbereiche werden westlich und südlich des Plangebiets in einer Entfernung von ca. 300 m bis 800 m dargestellt. Bereiche zum Schutz der Natur befinden sich südlich des Plangebiets in einer Entfernung von ca. 1,2 km bzw. nordwestlich des Plangebiets in einer Entfernung von ca. 1,5 km. Bereiche zum Schutz der Landschaft und zur landschaftsorientierten Erholung liegen in einer Entfernung von ca. 400 m östlich bzw. 800 m nördlich des Plangebietes.

Bei dem Kirchdorf Lünten handelt es sich um einen Ortsteil unter 2.000 Einwohnern. Für Ortsteile unter 2.000 Einwohnern erfolgt im Regionalplan in der Regel keine Darstellung als Siedlungsraum. Nach Ziel 2-4 des Landesentwicklungsplans NRW ist in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Landschaftsentwicklung und des Erhalts der landwirtschaftlichen Nutzfläche eine bedarfsgerechte, an die vorhandene Infrastruktur angepasste Siedlungsentwicklung möglich.

Wie die oben beschriebenen Freiraumdarstellungen im Regionalplan belegen, stehen Erfordernisse der Landschaftsentwicklung dem Planvorhaben nicht entgegen. Eine Umwandlung landwirtschaftlicher Nutzfläche ist aufgrund der vorhandenen Strukturen

alternativlos (vgl. 2.0). Die vorliegende Planung nutzt allerdings eine landwirtschaftliche Fläche, die zwischen dem Kirchdorf im Osten und dem bereits vorhandenen Gewerbegebiet im Westen liegt, so dass die Siedlungsbereiche miteinander verbunden werden.

Mit Schreiben vom 07.03.2022 hat die Bezirksregierung Münster auf die Anfrage nach § 34 Landesplanungsgesetz mitgeteilt, dass gegen die Planungsabsicht zur 9. Änderung des Flächennutzungsplans keine raumordnungsrechtlichen Bedenken erhoben werden.

4.0 Inhalt der Flächennutzungsplanänderung

Der Flächennutzungsplan stellt im Änderungsbereich östlich des Gewerbegebietes Lünten eine Fläche für die Landwirtschaft dar. Die Planung sieht eine Erweiterung des Gewerbegebietes in Richtung Kirchdorf vor. Das vorhandene Regenrückhaltebecken südlich der K 18 soll analog zur gewerblichen Baufläche ebenfalls Richtung Osten erweitert werden. Die Flächennutzungsplandarstellung wird daher geändert in Gewerbliche Baufläche und Fläche für die Abwasserbeseitigung.

Südlich des vorhandenen Gewerbegebietes befindet sich die alte Kläranlage, die von Wald umgeben ist. Innerhalb der Waldfläche befindet sich eine Eiche, die als Naturdenkmal eingetragen ist. Die Darstellungen für das vorhandene Naturdenkmal sowie für die alte Kläranlage bleiben unverändert. Die bisherige Darstellung von Fläche für die Landwirtschaft wird in diesem Bereich allerdings in Fläche für Wald geändert, da es sich hierbei um Wald im Sinne des Bundeswald- und Landesforstgesetzes NRW handelt.



Abb. 2: Fläche mit Waldeigenschaft,
Quelle: Regionalforstamt Münsterland, Anlage zur Stellungnahme vom 01.04.2022

5.0 Erschließung und Infrastruktur

Die Erschließung des Gewerbegebietes Lünten erfolgt großräumig über die Bundesstraße 70 und die Kreisstraße 18. Von der K 18 erschließt die Carl-Lanz-Straße das Gewerbegebiet. Die in das Gebiet führende Carl-Lanz-Straße wird für eine innere Erschließung des Gebietes weitergeführt. Während der östliche Erweiterungsbereich über eine Sackgasse erschlossen wird, wird die Carl-Lanz-Straße im westlichen Teil gegenüber ihrer zunächst geplanten Lage nach Westen verschoben und für eine optimierte Erschließung des Gebietes nach Süden verlängert. Die Straße soll südlich des Naturdenkmals und der alten Kläranlage wieder auf den Wirtschaftsweg geführt werden (s. Abb. 3).

Der Kreis Borken als für die Kreisstraße 18 zuständiger Straßenbaulastträger beabsichtigt den Bau eines Radweges entlang der Kreisstraße 18 zwischen den Kirhdörfern Ammeloe und Lünten ab dem Jahr 2022. Der Radweg wird auch für das Gewerbegebiet Lünten zu einer besseren Erreichbarkeit mit dem Rad für Arbeitnehmer beitragen.

Eine verbesserte Erreichbarkeit des Gewerbegebietes wird für Fußgänger und insbesondere Radfahrer aus Richtung Lünten durch eine Verlängerung der Erschließungsstraße bis zum Radweg an der K 18 östlich des Plangebietes erreicht.

Die Ver- und Entsorgung erfolgt über einen entsprechenden Ausbau der vorhandenen Infrastruktur. Der Anschluss an die bestehenden Strom-, Trinkwasser- sowie Kommunikationsleitungen, die in den öffentlichen Straßen verlaufen, ist möglich.

Entlang des Wirtschaftsweges befinden sich Hauptabwasserleitungen (Regen- und Schmutzwasser), an die angeschlossen werden kann.

Die Abfallbeseitigung erfolgt über das in der Kommune tätige Entsorgungsunternehmen.



Abb. 3: Erschließungskonzept, Quelle: eigene Darstellung

6.0 Umweltauswirkungen

6.1 Umweltprüfung

Das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) sieht für die in Anlage 1 des Gesetzes aufgeführte Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vor. Dabei wird anhand von Größen- und Leistungswerten u.a. zwischen einer generellen UVP-Pflicht und einer „allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls“ unterschieden. Bei einer „allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls“ ist gemäß § 3 c (1) UVPG eine Umweltverträglichkeitsprüfung

durchzuführen, wenn das Vorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde aufgrund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage 2 des Gesetzes aufgeführten Kriterien erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen wären. Sowohl nach der Art der Nutzung, als auch nach der Größe liegt die Planung oberhalb eines Schwellenwerts der Anlage 1 des UVPG: Es handelt sich um ein Stadtbauprojekt, für das im bisherigen Außenbereich gemäß § 35 BauGB ein Bebauungsplan aufgestellt wird (vgl. Nr. 18.5 der Anlage 1 zum UVPG). Es wird eine zulässige Grundfläche von über 20.000 qm geschaffen. Es wäre daher eine „allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls“ durchzuführen (vgl. Nr. 18.5.2 der Anlage 1 zum UVPG). Da jedoch im Rahmen der Bauleitplanung eine Umweltprüfung durchgeführt wird, entfällt eine gesonderte Vorprüfung nach dem UVPG, d.h. es wird vorliegend eine einheitliche Umweltprüfung nach den Vorschriften des Baugesetzbuches durchgeführt.

Nach § 2 Abs. 4 BauGB ist in der Bauleitplanung eine Umweltprüfung durchzuführen. Im Umweltbericht nach § 2a BauGB sind die auf Grund der Umweltprüfung ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes darzulegen. Der Umweltbericht als gesonderter Teil dieser Begründung (Teil II) kommt zu folgendem Ergebnis:

Für die betrachteten Schutzgüter und deren Wechselwirkungen resultieren erhebliche und nachteilige aber ausgleichbare Veränderungen durch die Inanspruchnahme von Boden und Biotoptypen.

So steht im Plangebiet u.a. schutzwürdiger Boden (Plaggenesch) an. Im weiteren Verfahren wird der schutzwürdige Boden über einen entsprechenden Korrekturfaktor in der Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung berücksichtigt.

Durch die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Fläche und der hiermit verbundenen Neuversiegelung ist von einer erheblichen Beeinträchtigung des Schutzgutes Fläche auszugehen. Dies lässt sich bezogen auf die Planungsaufgabe allerdings nicht verhindern (vgl. Kap. 2.0).

Unter Berücksichtigung der im Umweltbericht und im Artenschutzgutachten genannten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, die insbesondere im Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen sind, sowie der externen Ausgleichsmöglichkeiten ist nicht mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen durch das Vorhaben zu rechnen.

6.2 Artenschutz

Eine Artenschutzgutachten liegt als Anlage 2 dieser Begründung bei. Der Untersuchungsraum umfasst auch die südlich an das Plangebiet angrenzenden Flächen. Fazit des Gutachtens:

Fazit

Im Rahmen des Artenschutzgutachtens wurden die vorhandenen Biotop- und Nutzungstypen erfasst und bewertet. Auf dieser Grundlage wurde eruiert, ob und welche planungsrelevanten Tierarten innerhalb des Gebietes potenziell vorkommen können und ob sie ggf. von der Planung betroffen sein können.

Im Ergebnis des Artenschutzgutachtens wird festgestellt, dass aufgrund der vorgefundenen Biotopausstattung, der beanspruchten Flächengröße und der Nachbarschaftsbeziehungen das untersuchte Gebiet wahrscheinlich eine Bedeutung als (Teil)Lebensraum für potenziell vorkommende planungsrelevante Tierarten hat.

Dies betrifft Gehölz bewohnende oder im Bereich von Gehölzen jagenden Vogel- und Fledermausarten. Der Eingriff in Gehölzstrukturen findet jedoch relativ kleinflächig statt, zudem werden im Rahmen der Planung neue Gehölze gepflanzt.

Ebenfalls konnte das Vorkommen von Offenlandbrütern wie Kiebitz und Feldlerche nicht ausgeschlossen werden. Die im Frühjahr 2019 durchgeführte Kartierung ergab ein Brutpaar des Kiebitzes im Raum. Ein Ausgleich für die Art, in diesem Fall erfahrungsgemäß ca. 1,5 ha, ist somit erforderlich.

Aus gutachterlicher Sicht ist somit unter Berücksichtigung der Durchführung der dargestellten Maßnahmen zur zeitlichen Eingrenzung der Schnitt- und Rodungszeiten, zum Schutz von Vogel- und Fledermausquartieren in Bäumen, zur Bauzeitenbeschränkung zum Schutz von Bodenbrütern und zum Ausgleich eines Kiebitzbrutpaares nicht von einer Verletzung der Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG auszugehen. Unter Beachtung dieser Maßnahmen bleiben auch die ökologischen Funktionen nach Umsetzung möglicher Bauvorhaben im räumlichen Zusammenhang sicher erhalten.

Abb. 4: Auszug Artenschutzgutachten (Anlage 1), Quelle: wwK, 2023, S. 21

Das Kiebitz-Brutpaar wurde zwar nicht im derzeitigen Plangebiet, sondern auf der südlich gelegenen Fläche aufgefunden. Es ist aber bei Umsetzung der vorliegenden Planung gleichwohl von einer Vergrämung auszugehen.

Der somit auch bei der vorliegenden Planung erforderliche artenschutzrechtliche Ausgleich für ein Kiebitz-Brutpaar wird durch eine bereits anerkannte artenschutzrechtliche Maßnahme auf der mit Bescheid vom 24.01.2018 anerkannten Kompensationsfläche Gemarkung Vreden, Flur 63, Flurstück 3 (Ökokonto Nr. 13 der Stadt Vreden) kompensiert. Hier wurde eine als Acker genutzte Fläche in eine extensive Grünland-Weidenutzung überführt und als Lebensraum für Wiesenvogelarten wie z.B. Kiebitz, Brachvogel oder Rebhuhn gestaltet. Die Fläche fungiert als CEF-Maßnahmen für diese Tierarten laut Bescheinigung des Kreises Borken vom 08.05.2018.



Abb. 5: Fläche Ökokonto Nr. 13 der Stadt Vreden, Quelle: eigene Darstellung

6.3 Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung

Mit der Flächennutzungsplanänderung als vorbereitende Bauleitplanung ist noch kein unmittelbarer Eingriff in Natur und Landschaft vorbereitet. Eine Erschließung des Gebietes sowie die Zulässigkeit von Bauvorhaben ergeben sich erst bei Vorliegen der verbindlichen Bauleitplanung.

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 86 „Gewerbegebiet Lünten“ – 2. Änderung und Ergänzung wird der durch die Planung ermöglichte Eingriff in Natur und Landschaft bilanziert und die Kompensation verbindlich geregelt.

6.4 Klimaschutz

Das Plangebiet ist dem gemäßigt maritimen Klima des Euatlantikums zuzurechnen. Es gehört damit zum nordwestdeutschen humiden Klimabereich mit meist feuchten, kühlen Sommern (Julimittel 17°C und weniger) und milden, regenreichen Wintern (Januarmittel über 0°C). Die durchschnittliche jährliche Niederschlagsmenge liegt bei 750 – 800 mm. Das Hauptmaximum der Niederschläge liegt im August mit Nebenmaxima im Oktober und Dezember. Regenärmste Monate sind Februar, März, April und Mai. Es herrschen westliche, besonders südwestliche Winde vor.

Die Erweiterungsflächen des Gewerbegebiets werden im Wesentlichen noch von landwirtschaftlichen Flächen geprägt. Acker- oder Grünlandflächen (Freilandklimatope) sind im Allgemeinen als gut durchlüftete klimatische Einheiten anzusehen, innerhalb derer der normale Temperatur- und Feuchteverlauf stattfinden kann. Generell besitzen sie ein starkes Kaltluftbildungspotenzial, das benachbarten besiedelten oder versiegelten Flächen zum Luftaustausch dienen kann.

Da Vreden noch immer von großen, zusammenhängenden Kaltluftentstehungsgebieten umgeben ist, ist mit einer planbedingten, relevanten negativen Veränderung des städtischen Klimas nicht zu rechnen.

Kleinträumlich wird jedoch eine Verschlechterung der bioklimatischen Situation durch die Planung eintreten. Insgesamt nimmt der Grad der Flächenversiegelung zu. Durch die Bebauung und Flächenversiegelung werden lokalklimatisch betrachtet Aufwärmeeffekte aufgrund der zunehmenden Bebauungsdichte eintreten.

Über Festsetzungen im Bebauungsplan und / oder ergänzenden vertraglichen Regelungen können Begrünungsmaßnahmen (Dachbegrünung, Pflanzgebote etc.) verpflichtend werden, die zu einer Minderung der klimatischen Auswirkungen beitragen.

6.5 Hochwasserschutz

Am 1. September 2021 ist der länderübergreifende Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH) als Anlage der Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen übergreifenden Hochwasserschutz (BGBl. I 2021, S. 3712) in Kraft getreten. Als Ergänzung zum Landesentwicklungsplan NRW enthält dieser Ziele und Grundsätze zur Gefahrenverringerung von Starkregen und Hochwasser. Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen, Grundsätze sind zu berücksichtigen.

Konflikte im Hinblick auf Hochwasserereignisse durch oberirdische Gewässer werden im Bereich Lünten nicht erwartet. Festgesetzte Überschwemmungsgebiete werden durch die Planung nicht tangiert.

Die Auswirkungen von möglichen Starkregenereignisse für das Plangebiet und die Umgebung sind im Rahmen der Entwässerungsplanung zu berücksichtigen, die für das weitere Verfahren erarbeitet wird.

7.0 Sonstige Auswirkungen der Planung

7.1 Immissionsschutz

Das erweiterte Gewerbegebiet wird durch die Kreisstraße 18 vom Kirchdorf Lünten und der dargestellten Wohnbebauung getrennt.

Der erforderliche Immissionsschutz für die Wohnbebauung kann durch eine entsprechende Gliederung des Gewerbegebietes durch Festsetzung von Abstandsklassen im Bebauungsplan gesichert werden.

Um das Plangebiet herum befinden sich verschiedene landwirtschaftliche Hofstellen mit Tierhaltung. Zur Ermittlung der im Plangebiet auftretenden Geruchsmissionen aus landwirtschaftlichen Tierhaltungsanlagen wurde ein Geruchsgutachten erstellt, das der Begründung als Anlage 2 beigelegt ist.

Die ab dem 01.12.2021 anzuwendende TA Luft gibt für Gewerbe- und Industriegebiete einen Immissionswert von 0,15 vor. Hierbei handelt es sich um relative Häufigkeiten der Geruchsstunden bezogen auf ein Jahr. Der Immissionswert von 0,15 für Gewerbe- und Industriegebiete bezieht sich dabei auf Wohnnutzung im Gewerbe- bzw. Industriegebiet. Aufgrund der grundsätzlich kürzeren Aufenthaltsdauer von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern können in der Regel höhere Immissionen zumutbar sein, wobei ein Immissionswert von 0,25 nicht überschritten werden soll.

Im Gutachten wurde sowohl der Erweiterungsbereich, der auch den Geltungsbereich der Erweiterung beinhaltet, als auch das vorhandene Gewerbegebiet untersucht. Die Geruchshäufigkeiten liegen im gesamten Gebiet zwischen 0,11 im Südosten und 0,21 im Nordwesten. Im Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung wird mit Ausnahme von Randbereichen, die für eine Erweiterung des Regenrückhaltebeckens vorgesehen sind bzw. als Wald dargestellt werden, der für Gewerbe- und Industriegebiete maßgebliche Immissionswert von 0,15 eingehalten.

Der oben beschriebene Immissionswert von 0,25 wird im gesamten Gewerbegebiet eingehalten. Im nachfolgenden Bebauungsplanverfahren kann der Umgang mit Wohnnutzungen im Gewerbegebiet sachgerecht abgewogen werden.

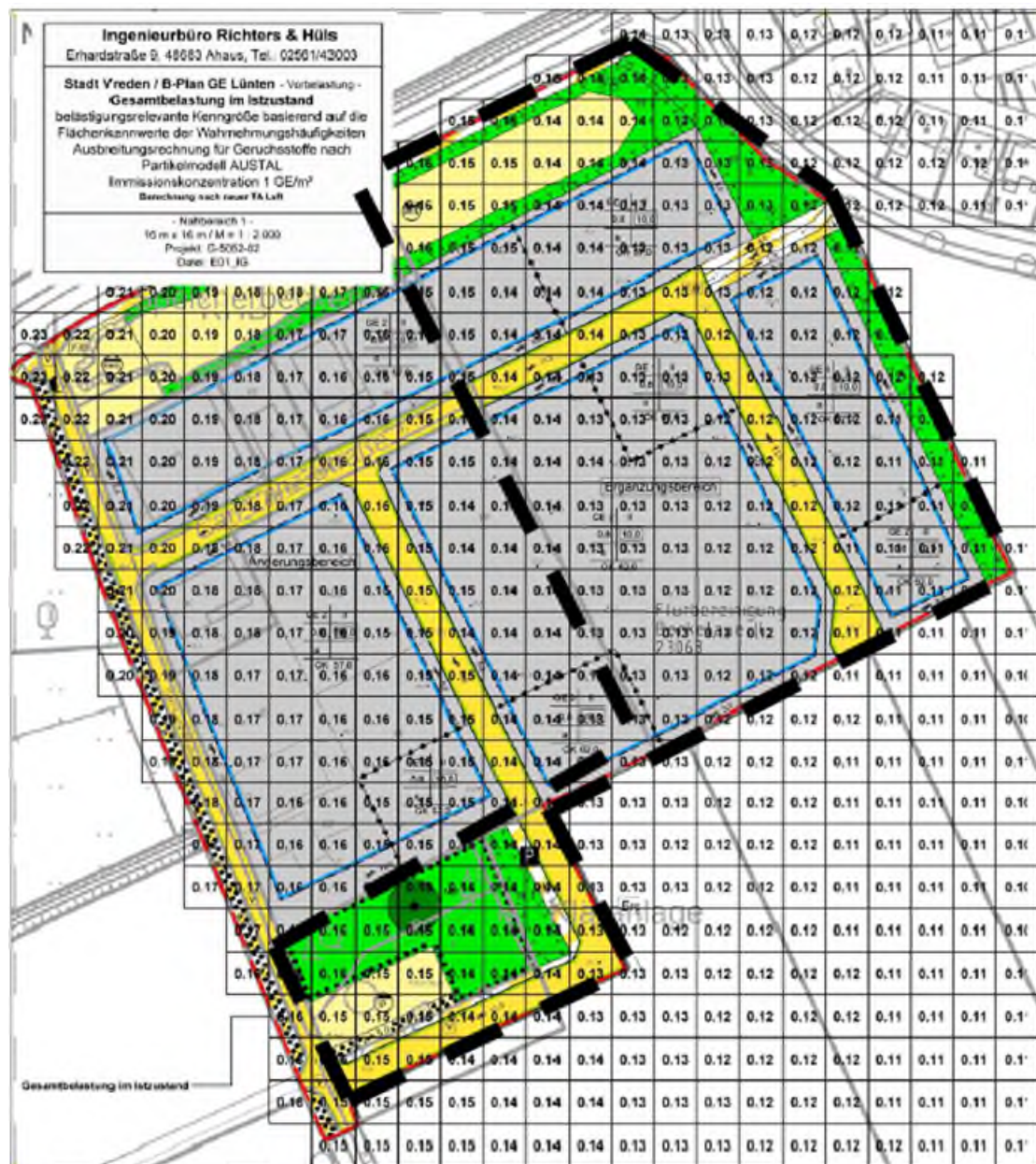


Abb. 6: Geruchsbelastung im Istzustand, Hervorhebung des Geltungsbereichs der FNP-Änderung,
Quelle: Ing.-Büro Richters & Hüls, 2023, S. 20

Da durch die Betriebe mit Tierhaltungsanlagen bereits im Bereich der vorhandenen Wohnbebauung am Mergelkamp Geruchshäufigkeiten von 10 % der Jahresstunden und

mehr auftreten, müssen Erweiterungsabsichten der Tierhaltungsbetriebe in der vorliegenden Bauleitplanung nicht berücksichtigt werden. Einschränkungen der Betriebe sind bereits durch vorhandene Wohnbebauung gegeben. Eine Erhöhung der jeweiligen Tierbestände kann aber trotzdem möglich sein, wenn gleichzeitig Minderungsmaßnahmen realisiert werden, die zu einem Gleichstand bzw. zu einer Verringerung der Geruchsbelastung an den vorhandenen Wohnhäusern führen. Erweiterungsabsichten müssen daher individuell für jede Hofstelle geprüft werden.

7.2 Altlasten und Kampfmittel

Altlasten bzw. entsprechende Altlastenverdachtsflächen sind im Plangebiet nicht bekannt und werden hier aufgrund der bisherigen Flächennutzung als Ackerfläche auch nicht vermutet.

Kampfmittelbelastungen werden nicht vermutet. Das Plangebiet ist weder als Bombenabwurfgebiet noch als munitionsverseuchtes Gebiet bekannt. Auch wurden in der Vergangenheit dort oder in der Umgebung keine Kampfmittelfunde aktenkundig.

7.3 Denkmalpflegerische Belange

Im Plangebiet sind keine Bau- und/oder Bodendenkmäler bekannt und werden hier auch nicht vermutet.

Der LWL-Archäologie für Westfalen weist darauf hin, dass bei Erdarbeiten auch paläontologische Bodendenkmäler in Form von Fossilien aus dem mittleren Oligozän angetroffen werden können. Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes werden noch keine unmittelbaren Eingriffe in den Boden vorbereitet. Ein entsprechender Hinweis zu archäologischen Bodenfunden wird im nachfolgenden Bebauungsplan aufgenommen.

8.0 Umsetzung der Planung

Die Umsetzung der Planung erfolgt durch die Stadt Vreden, die Eigentümerin der Flächen im Plangebiet ist.